

# Bruch eines historischen Bündnisses?

Gewerkschaften – Sozialdemokratie – Politisches Mandat

von | Frank Deppe



Auf dem Focus-Fest 2003: M. Sommer, F. Müntefering, H. Markwort (Foto: dpa)

*Seitdem der Kanzler der »rot-grünen« Bundesregierung im Frühjahr 2003 das Programm der Agenda 2010 verkündete und die Große Koalition im Parlament daran ging, dieses schrittweise – bis zu Hartz IV – umzusetzen, wurde in der Presse immer wieder vom »Bruch eines historischen Bündnisses« zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gesprochen. Als Bestätigung dieser These galt die Tatsache, dass Vorsitzende der größten DGB-Gewerkschaften eine politische Wende fordern und zu Demonstrationen gegen die Regierungspolitik aufrufen, oder: dass die Initiative zur Gründung einer Wahlalternative oder gar einer neuen Partei der »sozialen Gerechtigkeit« links von der SPD überwiegend von Funktionären der Gewerkschaften IG Metall und ver.di getragen wird.*

meiden. Die Führung der IG BCE schrieb einen offenen Brief, in dem sie die Kritiker des Regierungskurses (in IG Metall und ver.di) attackierte und gleichzeitig zur kritischen Solidarität mit Regierung und Partei aufrief. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, selbst Mitglied der IG Metall, beschwor in einem Schreiben an die Gewerkschafter den »Schulterschluss« zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. In allen Gewerkschaften gibt es nicht nur auf der Vorstandsebene, sondern auch auf den unteren und mittleren Funktionärebene sowie bei Betriebsräten massive Widerstände gegen eine Orientierung der Gewerkschaftspolitik, die – so formulieren es einige – gegenüber der SPD und der Regierung auf eine »Dauerkonfrontation« (also auf einen »Bruch«) hinauslaufen oder gar die Gründung einer neuen

Auf der anderen Seite artikulierten führende Sozialdemokraten (Bundestagsabgeordnete, Staatssekretäre etc.) öffentlich ihre Wut auf die Gewerkschaften und drohten mit Austritten aus ihrer Gewerkschaft bzw. mit »Umtritten« (z.B. aus ver.di in die IG BCE).

Es gab allerdings auch deutliche Signale, dass in der SPD und in den Gewerkschaften selbst vor einem solchen »Bruch« gewarnt wird. Der DGB-Vorsitzende selbst ist auffällig bemüht, öffentlich den Eindruck eines solchen Bruchs zu ver-

Linkspartei fördern würde. Intern wird dann der Vorwurf der »ständigen Neinsagerei« erhoben, die letztlich zu nichts führe, weil sie über eine Kette von Niederlagen die Gewerkschaften im politischen Feld isoliert.<sup>1</sup>

Auf Seiten der SPD scheint es eine Arbeitsteilung zu geben: Der Bundeskanzler hat – so war in der »Zeit« zu lesen – seine Wahlhelfer bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Er wird sich freuen, dass deren scheidender Präsident Rogowski, der Tarifverträge am liebsten »am

Lagerfeuer verbrennen« möchte und die Mitbestimmung für einen »geschichtlichen Irrtum« hält, die CDU/CSU als nicht regierungsfähig kritisiert. Der Parteivorsitzende hingegen soll versuchen, den Riss gegenüber den Gewerkschaften zu kitten. Immerhin hatten viele, die im April 2004 am Europäischen Aktionstag und im Herbst an den »Montagsdemos« teilgenommen hatten, den Eindruck, dass der Druck der SPD in den Gewerkschaften Wirkungen zeigte. Auf jeden Fall legen diese Entwicklungen durchaus die Vermutung nahe, dass das »historische Bündnis«, d.h. die politische Bindung von Gewerkschaftsmitgliedern, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären sowie von Betriebsräten an die SPD sehr viel stärker und stabiler ist, als es die These vom »Bruch« zunächst einmal nahe legt.

**1** In diesem Beitrag sollen die Spannungen nicht empirisch ausgeleuchtet und interpretiert werden. Das ist ein Thema u.a. für Wahlforscher, deren Prognosen freilich deutlichen Stimmungsschwankungen unterliegen. Vielmehr soll die Krise der traditionellen Politik im gegenwärtigen Kapitalismus genauer reflektiert werden. Dabei steht die Krise der Repräsentation, die vor allem die Massenparteien der Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften betrifft,<sup>2</sup> in einem engen Zusammenhang nicht nur mit sozialstrukturellen und kulturellen Veränderungen, sondern auch mit einem tiefgreifenden Wandel des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, der sich in der Auflösung der alten – fordistischen – Regulatorformen durchgesetzt hat.

Krise der Repräsentation meint zunächst allgemein, dass der durch die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert hergestellte (und beständig reproduzierte) Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft (einschließlich des Betriebes, vor allem aber der Wohnbezirke, wo die Auseinandersetzungen um die politischen Entscheidungen »unten« stattfinden) und dem politischen System im engeren Sinne – also Parlament, Regierung, Parteien auf den verschiedenen Ebenen – aufgebrochen ist. Repräsentation meint also nicht nur die politische Artikulation kollektiver Subjekte (Klassen bzw. Klassenfraktionen), sondern zugleich einen Modus der Bildung von politischem Bewusstsein und der Artikulation politischer Identitäten in einem Prozess der Einwirkung auf die Kräfteverhältnisse der Klassen. Die Organisationen (Parteien, Gewerkschaften) nehmen dabei eine Vermittlungsfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen System wahr. Bei diesem »Strukturwandel der Öffentlichkeit« spielen die Medien – zusammen mit Veränderungen in der Gesellschaft und dem Modus der sozialen Reproduktion selbst – eine immer wichtigere Rolle. Zugleich reflektiert sich der Prozess der Restrukturierung der Klassenverhältnisse – und dabei insbesondere die Auflösung und Neuzusammensetzung der »Arbeiterklasse« (der Klasse der Subalternen, vielleicht trifft dies die Neuzusammensetzung besser, weil dabei Exklusion aus der Lohnarbeit und Prekarität eine immer wichtigere Rolle spielen) – darin, dass der alte Modus der politischen und gewerkschaftlichen Artikulation von Klasseninteressen sowie der eigentümliche Modus einer »proletarischen Öffentlichkeit« immer mehr erodiert.

Zwischen der Klasse und der Partei bestand niemals eine schematische bzw. naturwüchsige Beziehung der Repräsentation und Artikulation. Solche Abstraktionen haben oftmals zu einem repräsentativen »Overstretch« geführt – wenn z.B. Kleinstparteien den Anspruch erhoben, die Arbeiterklasse zu vertreten. Die Artikulation »der Klasse« bzw. von »Klasseninteressen« im politischen System vollzog sich über den Kampf um Hegemonie in der Zivilgesellschaft – also »von unten« nach »oben«. Gramsci sprach in diesem Zusammenhang von »Katharsis«, vom Übergang von der »ständisch-korporativen« in die »politisch-ethische Phase«.<sup>3</sup> Die Organisationen fungierten dabei als Vermittler und als »Transmissionsriemen« dieses Übergangs.

**2** Krisen und Konflikte in den Beziehungen zwischen DGB-Gewerkschaften und SPD sind nicht neu. Vor allem in den 1970er Jahren – in den Zeiten der sozialliberalen Koalition, vor allem auch nach dem Übergang der Regierung Helmut Schmidt zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und zum Abbau des Sozialstaates – war die politische Bindung an die SPD bei fast einer ganzen Generation von jungen GewerkschaftsaktivistInnen auf einen extrem niedrigen Stand gesunken, obwohl zu dieser Zeit – sowohl in der Parlamentsfraktion als auch vor allem bei den Jusos – der Anteil der Linken sehr viel größer war als heute. Es kommt also darauf an, die Spezifik dieser gegenwärtigen Konfliktsituation besser zu erfassen, um auf diese Weise die Rolle der Gewerkschaften, die in den defensiven Kämpfen (wenn sie

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und Mitherausgeber von *Sozialismus*. Der Text beruht auf einem Vortrag zum gleichen Thema bei der Tagung von WISSENTTransfer, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Friedens- und Zukunftswerkstatt, Initiative für einen Politikwechsel und VSA-Verlag am 10./11. Dezember 2004 in Frankfurt a.M.

<sup>1</sup> Allerdings haben diejenigen, die die »Neinsagerei« (und die Politik des Widerstands) durch »intelligente Beteiligungslösungen« überwinden wollen, ebenfalls ein unübersehbares Problem: Sie werden von der Kapitaleite und der Politik nur dann anerkannt (»Angebotskorporatismus«), wenn sie sich »konstruktiv« am Abbau von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialleistungen beteiligen und gleichzeitig garantieren, dass Streiks möglichst verhindert werden. Auf diesem Wege wird aber – die Erfahrungen der großen betrieblichen Konflikte dieses Jahres (von Siemens bis Opel) belegen das nur zu deutlich – die zunehmende Schwäche der Gewerkschaften nicht aufgehoben bzw. überwunden, sondern im Gegenteil verstärkt. Je schwächer allerdings die Gewerkschaften werden (das drückt sich auch darin aus, dass sie schon im Vorfeld »Angebote« machen und gleichzeitig beteuern, dass Kämpfe, Streiks etc. auf jeden Fall verhindert werden sollen; dass sie also um »Anerkennung betteln«), desto weniger ist das Kapital und der Staat im Endeffekt auf ihre Kooperation angewiesen.

<sup>2</sup> Pietro Ingrao und Rossana Rossanda (Verabredungen zum Jahrhundertende, Hamburg 1996, S. 41ff.) haben diese schon vor einigen Jahren in ihren Gesprächen über die Krise der italienischen Linken in den Mittelpunkt gestellt. »Man sollte die Krise der Repräsentanz nicht von den Veränderungen der Klassenstrukturen und der Orte und Formen kollektiver Selbstidentifikation, die sich in den letzten 20 Jahren vollzogen haben, trennen. Wenn sich die Arbeitsorganisation verändert und die Produktionsstätte ihre feste Verortung verliert, sich über die Landesgrenzen ausdehnt, territorial aufgesplittet und im globalen Unternehmensnetz verliert, wenn die Zukunft der Arbeit prekär und fluktuierend wird und sich gleichzeitig Ort und Aneignungsweisen der kulturellen Fähigkeiten und des Alltagsverständnisses (Krise der Schulbildung, Triumph des Fernsehens bei der Kontrolle der Konsumwelt und der Ausbildung der Massenideologien) wandeln, dann zerfällt das Subjekt der Repräsentation« (43).

<sup>3</sup> Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Band 6, Hamburg 1994, S. 1385. Dabei orientierte sich Gramsci allerdings an der Lenin'schen Unterscheidung von »ökonomischem, tradeunionistischem« und »politischem Bewusstsein«.

überhaupt noch kampffähig und kampfbereit sind) immer mehr ausbluten, in der neuen Formation des »flexiblen Kapitalismus« richtig zu bestimmen. Schließlich handelt es sich bei dieser »Krise« keineswegs um eine deutsche Besonderheit. In allen entwickelten kapitalistischen Staaten, in denen es eine starke sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gab (also: vor allem in West- und Nordeuropa), hat es solche Krisen gegeben.<sup>4</sup> Das verweist also auf ein strukturelles Problem – und genau dieses soll im Folgenden etwas genauer beleuchtet werden. Allerdings bestand die Spezifik des »deutschen Modells« darin, dass die Bereitschaft der Gewerkschaften zu korporatistischen Arrangements mit dem Anspruch auf die Vertretung der »Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft des Landes« einherging. So war es ihnen »bis in die 80er Jahre« möglich, »als treibende Kraft im politischen wie im wirtschaftlichen Raum aufzutreten«.<sup>5</sup>

**3** In den späten 1970er Jahren habe ich bei den Analysen zur Entwicklung der Gewerkschaften auf das Konzept der »antagonistischen Vergesellschaftungslogiken« zurückgegriffen, das der italienische Marxist und Sozialist Lelio Basso in verschiedenen Aufsätzen entwickelt hatte.<sup>6</sup> Marx hatte im »Kapital« – am Beispiel der Auseinandersetzung um den 8-Stunden-Tag – von einer »ersten bewussten und planmäßigen Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses« gesprochen.<sup>7</sup> Im Kapitalismus wirkt einerseits die – durch die Profiterwartung angetrie-

bene – Logik der Akkumulation und der Entwicklung der Produktivkräfte. Diese Logik treibt aber gleichzeitig den Vergesellschaftungsprozess an. Die Klassenkämpfe zielen auf gesellschaftliche (d.h. politische) Regulationsformen (per Gesetz, per Tarifvertrag etc.), um sowohl den Widersprüchen des Akkumulationsprozesses als auch den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen. Die Vergesellschaftungslogik durchdringt also vor allem das zivilgesellschaftliche Terrain der Kämpfe – und sie wird vor allem darin erkennbar, dass die Kämpfe der Gewerkschaften – in ihrer historischen Entwicklungstendenz – sich von der betrieblichen Ebene und von den ökonomischen Kämpfen im engeren Sinne (um Lohn und Arbeitszeit) immer mehr auf die Ebene allgemeiner tarifvertraglicher und gesetzlicher Regelungen, vor allem auch im sozialpolitischen Bereich – allgemeiner: auf die Ebene der allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft – erweitern. Die Klassenkämpfe der 1970er Jahre schienen (bei allen Unterschieden nach Ländern) gerade in dieser Richtung Perspektiven der sozialistischen Transformation entwickelter kapitalistischer Gesellschaften in Westeuropa anzudeuten. Dies war allerdings eine Täuschung. Zu dieser Zeit war die »große Wende«, der »Erdrutsch« (Hobsbawm), bereits im vollen Gange, den wir inzwischen als Formationswandel vom fordistischen zum postfordistischen, flexiblen Kapitalismus oder – nach der Seite der Kräfteverhältnisse – als »neoliberale Hegemonie« bezeichnen.

Wir haben ziemlich lange gebraucht, um die neue Qualität

# Jungle World

# Die linke Wochenzeitung

Probe-Abo

**Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* jetzt 5 Wochen lang für nur 10 Euro testen.**

Das Abo verlängert sich **nicht** automatisch. Einen Zehneuroschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

\_\_\_\_\_  
name

\_\_\_\_\_  
vorname

\_\_\_\_\_  
straße, nr.

\_\_\_\_\_  
plz, ort

sozialismus

Jungle World · Bergmannstr. 68 · D-10961 Berlin

JUNGLE-WORLD.COM



dieses tiefgreifenden Wandels analytisch und politisch-strategisch angemessen zur Kenntnis zu nehmen, zumal sich diese neue Qualität in einer tiefen Krise der »alten Arbeiterbewegung« in Europa – ihrer sozialdemokratischen wie kommunistischen und linkssozialistischen »Abteilungen« – sowie in einem ebenso tiefgreifenden Umbruch der »Weltordnung« (Ende des Ost-West-Konfliktes in der Folge der Implosion der Sowjetunion und ihres »Lagers«) äußerte. In den Angriffen gegen Gewerkschaften, Sozialstaat, Tarifverträge, die sich in der Lösung: »Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung« zusammenfassten, wurde deutlich, dass nunmehr diejenigen sozialen und politischen Kräfte auf dem Vormarsch waren, die die »Vergesellschaftungstendenz«, die die Arbeiterbewegung in langen Kämpfen – aber noch einmal mit einem deutlichen Schub in den 1970er Jahren (»Mehr Demokratie wagen!«) – zur Geltung gebracht hatte, zu Gunsten der Markt-, Profit- und Akkumulationslogik des Kapitals zurückdrängen wollten.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die gesellschaftliche und politische »Einbettung« der Kapitalakkumulation und der Marktprozesse, das Niveau der »Dekommodifizierung« in einer »gemischten Wirtschaft« mit einem ausgebauten öffentlichen Sektor, als Maßstab für die Zivilisierung des Kapitalismus – gleichsam klassenübergreifend – anerkannt. Nunmehr wurde die »Entbettung« der kapitalistischen Ökonomie, d.h. die Freisetzung der Marktlogik (Verbesserung der Profitsituation und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit) zum entscheidenden Maßstab für die Überwindung der verschiedenen Krisentendenzen (Stagnation, Verschuldungskrise, Beschäftigungskrise etc.).<sup>8</sup>

Der Sieg des Neoliberalismus auf der politischen Ebene, der mit dem Machtantritt von Margaret Thatcher (1979) begann, war auch ein Strategiewechsel des »Blocks an der Macht«. Die aggressiveren Kapitalfraktionen hatten von Anfang an dem sozialstaatlichen Klassenkompromiss der Nachkriegszeit nur widerwillig zugestimmt und warteten auf die Gelegenheit zum »Ausstieg«. Nunmehr begriffen auch die klügeren Strategen der konservativen und liberalen Kräfte, dass jede Strategie, die die Überakkumulations- und Beschäftigungskrise gemeinsam mit der Arbeiterbewegung zu bearbeiten bereit gewesen wäre, nur in die Richtung einer weiteren Vergesellschaftung, einer Ausweitung der Staatstätigkeit (z.B. Investitionslenkung), einer Ausweitung der Mitbestimmung (in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen) sowie einer weiteren Dekommodifizierung gehen konnte. In dieser Richtung sahen die Interessenvertreter des Kapitals die unmittelbare Gefahr eines qualitativen Umschlags in die Richtung sozialistischer Transformation. Daher waren sie mehr und mehr bereit, entsprechend den jeweiligen Bedingungen ihrer Länder eine »Konterrevolution« (gegen Keynesianismus, Sozialstaat und Gewerkschaftsmacht) zu unterstützen. Mir scheint, dass viele von uns noch Anfang der 1980er Jahre die Bedeutung des Bekenntnisses von Frau Thatcher (»Ich kenne keine Gesellschaft – ich kenne nur Individuen«) zur Übertragung des Prinzips des »methodologischen Individualismus«, den F. A. von Hayek als Grundsatz für die Analyse von Ökonomie und Politik postuliert hatte,<sup>9</sup> auf die Ebene der praktischen Politik gründlich unterschätzt haben.

**4** Den Kern der neoliberalen Hegemonie – bezogen auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik – bezeichnet Stephen Gill (Toronto) als »neuen Konstitutionalismus«. Das heißt: die Anpassung an die Gesetze des Marktes und des transnationalen Wettbewerbs wird den politischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen gleichsam als Naturzwang (»Es gibt keine Alternative«) vorgegeben. Der »disziplinierende Neoliberalismus« bedeutet dabei den »graduellen Abschied vom sozial regulierten Markt und von gewissen Formen der Planung« und die »Festschreibung ... neoliberaler Staatsformen, die sich einer populär-demokratischen Verantwortlichkeit entziehen. Beispiele hierfür sind die unabhängige europäische Zentralbank, der Trend zu einer größeren Machtzentralisierung in den Bereichen der Exekutive und in der zumeist nur schwer durchschaubaren Bürokratie der Europäischen Union«.<sup>10</sup>

Dabei verliert der Nationalstaat keineswegs seine Funktion. Im Gegenteil, die Anpassung der nationalen Ökonomien und Gesellschaften an diese »Naturzwänge« des globalen Kapitalismus und des transnationalen Wettbewerbs verlangt den »Umbau« des Staates, eine Aufwertung derjenigen Staatsapparate, die für Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zuständig sind, gegenüber den sozialpolitischen Apparaten. Schließlich muss der Staat die Folgen der sozialen und kulturellen Widersprüche »im Griff« haben, die aus der »Entbettung« der Ökonomie

<sup>4</sup> In Skandinavien ist die Beziehung nach wie vor relativ stabil. Das hängt u.a. damit zusammen, dass die Sozialdemokratie nicht an den Grundfesten des skandinavischen Wohlfahrtsstaates gerüttelt hat – und dass dieser gleichzeitig den Gewerkschaften zahlreiche Gratifikationen bietet (die sich z.B. im hohen Organisationsgrad ausdrücken); vgl. dazu Andrew Martin/George Ross, Ed., *The Brave New World of European Labor*, New York/Oxford 1999.

<sup>5</sup> Jörn Pyhel, Weg in die Sackgasse, in: *Frankfurter Rundschau* vom 18.12.2004, S. 8. In diesem Artikel kritisiert der Autor den Vorstoß der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, den eigenen Mitgliedern besondere Vorteile in Tarifverträgen zukommen zu lassen.

<sup>6</sup> Vgl. Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 146ff.; Witich Roßmann, *Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht*, Marburg 1986; Lelio Basso, *Gesellschaftsformation und Staatsform*, Frankfurt a.M. 1975.

<sup>7</sup> Karl Marx, *Das Kapital*, Erster Band, MEW 23, S. 504.

<sup>8</sup> Der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi unternahm 1944 in seinem Buch »The Great Transformation« (Frankfurt a.M. 1978) den Versuch, das »Zeitalter der Katastrophe« (von 1914 bis zum Zweiten Weltkrieg) zu erklären. Er vertrat die These, »dass die Ursprünge der Katastrophe in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems lagen« (54). Der »Konflikt« (so sagte er später) »zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens verlieh diesem Jahrhundert seine Dynamik und erzeugte die typischen Spannungen, die schließlich zur Zerstörung dieser Gesellschaft führten. Die Kriege beschleunigten bloß diesen Prozess« (329).

<sup>9</sup> Die »grundlegende Behauptung« des Individualismus lautet nach Hayek, »dass es keinen anderen Weg zum Verständnis der sozialen Erscheinungen gibt als über das Verständnis des Handelns des Einzelnen, das sich nach den Nebenmenschen richtet und von deren zu erwartendem Verhalten bestimmt wird. Dieses Argument richtet sich vor allem gegen die eigentlichen kollektivistischen Gesellschaftstheorien, die vorgeben, soziale Ganzheiten wie die Gesellschaft oder dergleichen unmittelbar verstehen zu können als Wesenheiten sui generis, die unabhängig von den sie zusammensetzenden Individuen existieren.« Zitiert nach Dorothee Wolf, *Un-Ordnungen durch Interessenorganisation?* Marburg 2000, S. 28.

<sup>10</sup> Stephen Gill, *Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration*, in: H.J. Bieling/J. Steinhilber, Hrsg., *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster 2000, S. 23–50, hier S. 43f. Zur Transformation von Staatlichkeit im Prozess der neoliberalen Restrukturierung der Europäischen Union (seit Maastricht) vgl. Frank Deppe, Michael Felder, Stefan Tidow, *Structuring the State. The Case of European Employment Policy*, in: Beate Kohler-Koch, Ed., *Linking EU and National Governance*, Oxford 2003, S. 175–200.

und dem Zerfall des »Sozialen«, der Gesellschaft») hervorgehen. Massenarmut (sowie die Verbreitung informeller Arbeit, von »schmutzigem Geld« und »informeller Politik«<sup>11</sup>) auf der globalen, nationalen und lokalen Ebene erfordert jeweils spezifische Reaktionen eines »disziplinierenden Neoliberalismus«. Mit anderen Worten: Der Sicherheitsstaat tritt an die Stelle des Sozialstaates!

Was aber bedeutet dieser »neue Konstitutionalismus« für das Verhältnis von Sozialdemokratie – als Regierungspartei – und Gewerkschaften? Idealtypisch zugespitzt: Sie repräsentieren die beiden Pole auf der Skala der antagonistischen Logiken, wenn wir einmal die unumschränkte Dominanz der einzelkapitalistischen Profitlogik auf der einen und die Vergesellschaftungstendenz (auch in der Perspektive der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln) auf der anderen Seite als die extremen Pole dieser Skala betrachten. Die Regierung vertritt die Privatisierungs- und Wettbewerbslogik, d.h. Privatisierung in den sozialen Sicherungssystemen, Einführung eines Niedriglohnsektors (»workfare statt welfare«), Einschränkung der Regulierungswirkung (Allgemeinverbindlichkeit) von Tarifverträgen, Abbau des öffentlichen Dienstes, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Dabei verteidigen sich Sozialdemokraten und Grüne gegenüber Kritik aus dem Lager der Gewerkschaften damit, das sie keineswegs den extremen Pol der Wettbewerbs- und Privatisierungslogik vertreten; denn die konservativ-liberale Opposition, also der »harte Neoliberalismus« (nach angelsächsischem Vorbild) sei ja noch viel radikaler. Es ist zutreffend, diese Differenz zu betonen. Gleichwohl kann sie niemals die Behauptung rechtfertigen, es gebe zur derzeitigen Regierungspolitik keine Alternative.

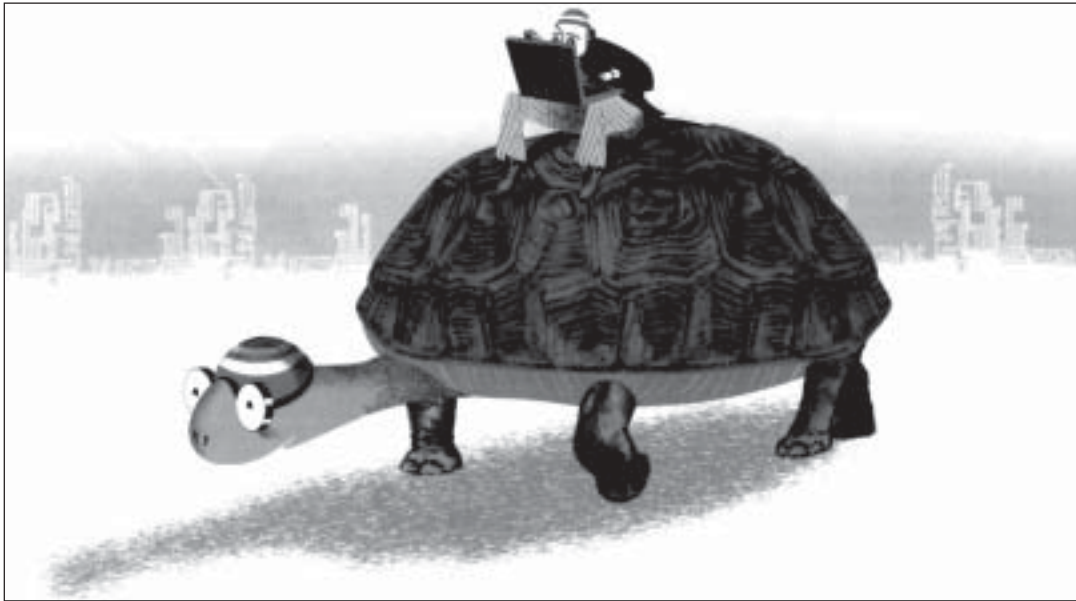
Die Gewerkschaften hingegen sind Organisationen, die die individuelle Konkurrenz unter den Lohnabhängigen durch kollektive Organisation und kollektive Vereinbarungen, durch allgemeine Regelungen und Gesetze aufheben wollen und sollen. Sie repräsentieren – ob sie es wollen oder nicht – die Logik der Vergesellschaftung bzw. des gesellschaftlichen Zusammenhangs bzw. der sozialen Kohäsion (um einen Begriff aus dem Französischen zu verwenden, der im EU-Zusammenhang standardisiert wurde). Auch hier gibt es selbstverständlich Varianten und Verschiebungen innerhalb der Skala: Je mehr sich die gewerkschaftliche Interessenvertretung »verbetrieblicht« und die Vorgaben der Unternehmensleitung für die Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert, um so mehr bewegt sie sich in die Richtung des Gegenpols. Sie würde freilich ihren Anspruch auf die Vertretung der allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen ebenso wie den Anspruch die gesetzliche Regelung der Reproduktionsbedingungen der abhängigen Arbeit völlig verwirken, wenn sie sich noch weiter in diese Richtung bewegt.

Der Zerfall von Gesellschaft – als Folge sowohl der ökonomischen Krisenprozesse, der Beschäftigungskrise als auch der neoliberalen Politik – schwächt die Gewerkschaften in ihrer Substanz; denn die damit verbundenen Formen gesellschaftlicher Fragmentierung und (subjektiver) Entsolidarisierung sind mit den traditionellen Instrumenten gewerkschaftlicher Politik (Tarifverträge, betriebliche Interessenvertretung, politisches Mandat) kaum zu verändern. In dem Maße, wie die Zahl derer

zunimmt, die gleichsam dauerhaft aus dem »Normalarbeitsverhältnissen« ausgegrenzt werden (Dauerarbeitslosigkeit, Prekarität, Exklusion), wird zugleich der klassische Anspruch der Gewerkschaften entwertet, dass sie das Gesamtinteresse der Arbeitnehmerschaft repräsentieren bzw. dass sie das Gesamtinteresse der Klasse im Bereich der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft artikulieren. Der herrschenden Ideologie gelingt es oftmals, die Gewerkschaften als konservative Bewahrer relativ privilegierter Teile der Arbeitnehmerschaft darzustellen und zu diskreditieren (»Arbeiteraristokratien«, z.B. die Automobilarbeiter beim Daimler oder bei VW, die immer noch übertariflich bezahlt werden). Wie die Zünfte im Spätmittelalter würden die Gewerkschaften so immer mehr zu konservativen »Besitzstandswahrern« degenerieren – wobei ihre Bereitschaft zunimmt, mit den Mächtigen zu paktieren, um Bestandsgarantien für ihre schrumpfende Klientel zu erreichen.

Der Gegensatz zwischen den beiden Polen Privatisierung/Kommodifizierung und Vergesellschaftung erscheint auf der obersten politischen Ebene im Dissens zwischen der Regierung und gewerkschaftlichen Führungsgruppen über die Politik der »Reformen«, die notwendig sind, um die ökonomische Stagnation, die Beschäftigungskrise, die Staatsverschuldung, die Probleme der sozialen Sicherungssysteme usw. zu überwinden. Allerdings bilden Sozialdemokratie und Gewerkschaften nach wie vor einen »historischen Block«, dessen »Elemente« – im Mehrebenensystem – vielfach nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte, sondern auch durch Doppelmitgliedschaften und -funktionen miteinander verflochten sind. Die Brüche in der Beziehung gehen daher oft durch die individuellen Biographien hindurch. Auf der anderen Seite werden sie oftmals überhaupt nicht wahrgenommen, z.B. von denen, die die Politik – sei's im gewerkschaftlichen, sei's im politischen Raum – nach rein pragmatischen Gesichtspunkten betreiben und deshalb mit dem Bundeskanzler der Überzeugung sind, dass es in der gegenwärtigen Situation zur Politik der Anpassung an die Märkte und an die Forderungen der Unternehmer keine Alternative gibt.

Die Ideologie des »Wettbewerbskorporatismus«, den Wolfgang Streeck schon vor einigen Jahren als die »neue europäische Friedensformel zwischen Kapital und Arbeit« propagiert hatte,<sup>12</sup> kann so als Leitideologie sowohl für das gewerkschaftliche Handeln im Betrieb als auch für das politische Handeln auf den verschiedenen Ebenen akzeptiert werden. Die Verbetrieblichtung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, die in den letzten Jahren oftmals als Kern der »Entpolitisierung« der Gewerkschaften kritisiert wurde, bildet so die Grundlage für eine Ideologie, vor allem aber für eine politische Praxis, die nicht nur das Konsenspotenzial zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch das Konsenspotenzial zwischen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führungsgruppen bei der Bewältigung der »notwendigen Modernisierungsaufgaben« (so die herrschende Ideologie) voll auszuschöpfen vermag.<sup>13</sup>



Karikatur: Economist

tik keine Alternative zulassen, unterstellt ja eine Machtstruktur, die das Verhältnis von Politik und Ökonomie gleichsam umkehrt. Die Politik soll demnach in einem subalternen, unselbständigen Verhältnis zur Ökonomie stehen – das klingt vulgärmarxistisch, ist aber neoliberale Orthodoxie. Diese Prämisse beinhaltet offensichtlich eine Kampfansage an die Demokratie; denn diese wurde nicht nur erkämpft, um feudalabsolutistische Regime ab-

**5** In einem nächsten Schritt ist zu fragen, wie es dazu kommt, dass die regierende Sozialdemokratie (und ihr grüner Koalitionspartner) sich als die Partei des Marktes, des Wettbewerbs, der Deregulierung und Flexibilisierung begreift, während den Gewerkschaften in der Defensive die Rolle zukommt, die sozialdemokratischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu verteidigen. Dabei sind sie aber schon deshalb geschwächt, weil sich die Sozialdemokratie schon lange nicht mehr als der »politische Arm der Arbeiterbewegung« versteht. Die politische Soziologie sowie die Milieuforschung haben uns viele Erkenntnisse über den Wandel der Sozialdemokratie, der Arbeitsgesellschaft und der politischen Einstellungen vermittelt. Schon seit den 1970er Jahren war bekannt, dass das politische Mandat der Gewerkschaften in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas eine neue Qualität gewonnen hat (aber auch zu einer Herausforderung und gelegentlich zu einer Belastung geworden ist), seitdem es den übergreifenden Zusammenhang »Arbeiterbewegung« für die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr gibt.

Das ist überhaupt nicht neu – New Labour mit Tony Blair als Parteiführer und Premierminister und Anthony Giddens als Chefideologe des »Dritten Weges« waren auf diesem Felde eher Nachzügler als Avantgardisten. Die neue Sozialdemokratie hat sich längst von den traditionellen Klassenbezügen abgekoppelt – nicht unbedingt bei den Wählerpotenzialen, aber deutlich bei den Führungsgruppen und den Intellektuellen der Partei. Gerade die Intellektuellen der neuen Sozialdemokratie (aber auch die der neoliberal gewendeten Partei der Grünen<sup>14</sup>) aus den akademisch gebildeten Mittelklassen haben oft eine geradezu pathologische Abneigung (»Allergie«) gegenüber dem, was sie für proletarische Milieus halten, d.h. gegenüber den Gewerkschaften.

Im Anschluss an die These vom »neuen Konstitutionalismus« will ich mich auf eine andere Fragestellung konzentrieren. Der Hinweis auf die Sachzwänge der globalen Märkte, die angeblich zur herrschenden Angebots- und Wettbewerbspoli-

zulösen und um dem Gedanken der »Volkssouveränität« Geltung zu verschaffen. Die politische und soziale Demokratie ist die Form von Staatlichkeit, in der die Gesellschaft nicht nur ihre Kohärenz ausbilden, sondern auch die Kontrolle der Gesellschaft über die Kräfte einer sich verselbständigten kapitalistischen Ökonomie ausüben kann.

Wenn aber die Sachzwänge der Ökonomie und des globalen Wettbewerbs der Politik keine Handlungsalternativen belassen, dann ist die Demokratie für ein solches Modell eine außerordentlich gefährliche Rahmenordnung. Sie birgt stets die Gefahr, dass die Gesellschaft durch politische Mehrheitsentscheidungen, die aus der Sicht einzelwirtschaftlicher Effizienz »unvernünftig« sind, die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs beeinträchtigt. Diese tendieren ihrerseits dazu, sich solchen politischen Einflüssen (z.B. durch die Wahrnehmung der so genannten »Exitoptionen«) zu entziehen oder daran mitzuwirken, die Demokratie abzuschaffen.

Das ist übrigens der Kern der neoliberalen Demokratie- und Staatsauffassung, die bei Hayek und anderen Neoliberalen

<sup>11</sup> Vgl. dazu Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit, Münster 2002.

<sup>12</sup> Wolfgang Streeck, Korporatismus in Deutschland, Frankfurt a.M./New York 1999.

<sup>13</sup> Innerhalb der großen Industriegewerkschaften sind die Vorsitzenden der Betriebsräte (bzw. die GBR-Vorsitzenden) der großen – weltweit operierenden Unternehmen – die Hauptprotagonisten einer solchen Politik. Der Kampf um die Führung der IG Metall im Sommer und Herbst 2003 kann so auch als der Versuch der mächtigsten Betriebsratsvorsitzenden interpretiert werden, die Gesamtorganisation von oben ihrer Kontrolle zu unterwerfen. In der alten IG Chemie, Papier, Keramik hatte sich dieser Vorgang in den 1970er Jahren vollzogen.

<sup>14</sup> Nicht wenige ihrer Politiker und Intellektuellen waren in den 1970er Jahren Aktivisten linksradikaler (oft maoistischer) Sekten. Sie hatten sich selbst zur revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse ernannt; aber schon damals hatten sie jene pathologische Abneigung gegenüber der wirklichen Arbeiterklasse und ihren Bedürfnissen, die sie dann wohl auch für das Scheitern ihrer voluntaristischen Politik verantwortlich machten. Einige von ihnen haben als Betriebsräte – die aus ihren Gewerkschaften ausgeschlossen waren (oder noch sind, wie z.B. der so genannte »Chemiekreis«) – in der Zwischenzeit gelernt und hervorragende Arbeit geleistet. Wie recht hatten aber jene erfahrenen Kader der Arbeiterbewegung, die uns seit den späten 1960er Jahren vor den »wildgewordenen Kleinbürgern« gewarnt haben.



len nachzulesen ist. Ihr Liberalismus hat mit Demokratie wenig gemein.<sup>15</sup>

David Harvey hat in seinem Buch über den »Neuen Imperialismus« mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass das Zeitalter der neoliberalen Hegemonie mit dem 11. September 1973 begann.<sup>16</sup> Die neuen Machthaber in Chile, die durch den faschistischen Militärputsch gegen Präsident Salvador Allende und die »Volksfrontregierung« an die Macht gelangt waren, holten sofort die »Chicago Boys« – die Schüler von Hayek und Milton Friedman – ins Land, die unter dem Schutz der Militärdiktatur, des Verbots der Gewerkschaften, der Ermordung, Folterung und Vertreibung der Anhänger der Demokratie und der Linken, eine Wirtschaftspolitik der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung ins Werk setzten. Joachim Hirsch hat in seinen Arbeiten über das »Neue Gesicht des Kapitalismus« immer wieder solche Tendenzen zum »autoritären Etatismus« (an der Peripherie) und zum »zivilgesellschaftlichen Totalitarismus« (in den Kapitalmetropolen mit formal demokratischen Systemen selbst) – unter dem Diktat der angeblichen Sachzwänge der Ökonomie – hervorgehoben.<sup>17</sup>

Detlef Hensche hat in seiner brillanten Rede vor der Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit daran erinnert, dass der – sichtlich entnervte – Außenminister Joschka Fischer den Delegierten des letzten Gewerkschaftstages von ver.di zugerufen hat: »Glaubt Ihr etwa, Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen zu können?« Hensche: »Ich setze dagegen: Ja, und dazu haben wir ihn gewählt. Aufgabe der Politik war und ist es, die Belange einer humanen Gesellschaft gegen die Spekulationserwartungen der Finanzmärkte durchzusetzen.«<sup>18</sup> Ganz offensichtlich geht der Minister davon aus, dass die Finanzmärkte eine Macht über die Politik ausüben, die den regierenden Politikern keine Alternativen lässt. So denken Schuldner gegenüber ihren Gläubigern – denn offenbar können die Gläubiger (ob auf der nationalen Ebene die Banken oder auf der globalen Ebene die Weltbank und der IWF) den Schuldnern vorschreiben, welche Maßnahmen sie ergreifen müssen, um weiterhin kreditwürdig zu sein bzw. um die Schulden in angemessener Frist zu tilgen. Bundespräsident Köhler hat auf diesem Gebiet hochkarätige Erfahrungen.<sup>19</sup> Darüber hinaus sorgen Rating Agenturen, Kapital- und Geldflüsse, Entscheidungen transnationaler Konzerne über Investitionen und Produktionsverlagerung dafür, dass die Politik unter Druck gesetzt wird, eine kapital- und wettbewerbsfreundliche Politik zu betreiben. Der ehemalige Bundesbankpräsident Tietmeyer antwortete auf die Bourdieu'sche Kritik am Regime der internationalen Finanzmärkte und des Shareholder-Kapitalismus, er sei beruhigt, dass in der heutigen Zeit die internationalen Finanzmärkte über Nacht falsche politische Entscheidungen (z.B. für einen Ausbau des nationalen und europäischen Sozialstaates) korrigieren. In der Europäischen Union sorgte bisher nicht nur der Wettbewerbskommissar Frits Bolkestein (ein extrem »harter Neoliberaler« und »Marktradikaler«) für den Primat des Wettbewerbs: Kommission und Rat selbst haben mit der »Offenen Methode der Koordination«, die zunächst im Zusammenhang der Beschäftigungspolitik entwickelt wurde, ein Instrument geschaffen, um den Privatisierungsdruck auf

Teile des öffentlichen Dienstes sowie auf nationale Sozialsysteme zu erhöhen.<sup>20</sup>

Die Regierung und die sie tragenden Parteien ordnen sich diesen Herausforderungen, diesem Druck der Märkte und des Wettbewerbs auf die Politik unter und behaupten, es gäbe dazu keine Alternative. Auf den ersten Blick scheinen sie Recht zu haben, denn im politischen Raum – also z.B. im Bundestag sind – außer den zwei PDS-Abgeordneten und einer winzigen Gruppe von »Abweichlern« bei SPD und Grünen – keine relevanten Kräfte erkennbar, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen vertreten. Auch das offenkundige Scheitern der so genannten »Reformpolitik« in der Praxis führt nicht dazu, dass die »Reformlügen« (Albrecht Müller) korrigiert werden. Die neoliberale Politik wird immer mehr zu einer der Hauptursachen der ökonomischen Stagnation, der Massenarbeitslosigkeit und -armut sowie des Zerfalls von Gesellschaft. Dass die regierende politische Klasse davor zurückscheut, alternative Konzepte (Steigerung der Massennachfrage, Umverteilung über Unternehmens-, Einkommens- und Vermögenssteuer, Arbeitszeitverkürzung, staatliche Beschäftigungspolitik im Bereich der »öffentlichen Güter« usw.)<sup>21</sup> überhaupt in Erwägung zu ziehen, belegt einmal mehr, dass die Regierenden mit dem Hinweis auf die angebliche Alternativlosigkeit bewusst ihre subalterne Rolle im Rahmen des »neuen Konstitutionalismus« akzeptiert haben. Das »Vertrauen der Wirtschaft« in die Regierungspolitik scheint so ein höheres Gut als das Vertrauen der eigenen Parteimitglieder und Wähler, die vor allem der SPD in Scharen den Rücken kehren.

**6** Diese Machtstruktur funktioniert aber nur unter einer Reihe weiterer Bedingungen, ohne die die Stabilität neoliberaler Hegemonie letztlich nicht angemessen zu begreifen wäre. Warum bleibt der soziale und politische Widerstand gegen die Politik relativ schwach? Warum reagieren so viele Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, aber auch diejenigen, die von Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Sozialabbau in den Betrieben betroffen sind, eher mit Apathie und politischem Desinteresse, was sich u.a. in Wahlenthaltung oder Protestwahl von rechts ausdrückt? Mit anderen Worten: Warum ist die neoliberale Herrschaftskonstellation doch relativ stabil?

Die Stabilität des Marktregimes beruht einerseits auf der Angst, der Ohnmachtserfahrung und der daraus abgeleiteten Entsolidarisierung, die vor allem diejenigen beherrscht, die von Lohneinkommen oder von staatlichen Transfereinkommen abhängig sind. Auch in den Gewerkschaften wirken solche Erfahrungen; denn die Mobilisierung von Widerstand und Protest wird von vielen Funktionären, Betriebsräten und Mitgliedern vielfach auch als eine Kette von Niederlagen begriffen, in denen die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zu ungunsten der Gewerkschaften besonders deutlich zutage tritt. Darüber hinaus sind solche Erfahrungen eingebettet in soziale und kulturelle Veränderungen, die ihrerseits die Krise jenes Politiktypus begünstigen, der mit der Repräsentation kollektiver Interessen verbunden war.

■ Die Krise des zivilgesellschaftlich gestützten Modells politischer Repräsentation geht mit einem »Strukturwandel der Öff-

fentlichkeit« einher, der einerseits durch die Welle der Privatisierungen (Kapitalisierung) im Medienbereich bestimmt ist. Der »Quotenjournalismus« und die Werbeeinnahmen korrespondieren unmittelbar mit der Profitabilität der privaten Medien.<sup>22</sup> Die Folge davon ist u.a., dass sich immer mehr – vor allem junge – Menschen für Stars wie Daniel Küblböck und Dieter Bohlen, für das Schicksal von Models, Filmstars, Sportlern und Popsängern interessieren als für die Politik. Darin reflektiert sich jene Entwertung der Demokratie über die Entpolitisierung der Subjekte, ohne die die Stabilität neoliberaler Herrschaft, ihrer Spaltungs- und Exklusionsmechanismen nicht zu garantieren wäre. In den »Reservaten« der öffentlich-rechtlichen Medien, die ihrerseits immer mehr dem Konkur-

<sup>15</sup> Beispielhaft sei der Kölner Nationalökonom C. Christian von Weizsäcker, Logik der Globalisierung, Göttingen 1999 zitiert: »Der Staat und die Politik repräsentieren die zentralisierenden Kräfte der Gesellschaft. Das Individuum, die Wirtschaft repräsentieren die dezentralen Kräfte der Gesellschaft. Komplexe Systeme wie moderne Gesellschaften unterliegen den Grundgesetzen der Evolution. Sie können nicht von der Zentrale her entworfen und gesteuert werden. Die Führungsrolle in der Weiterentwicklung eines komplexen Systems übernehmen immer die dezentralen Kräfte. In den modernen arbeitsteiligen Gesellschaften sind dies vor allem die Wirtschaft und die Wissenschaft. Ihnen kommt die innovative, progressive Rolle, dem Staat die reaktive, stabilisierende Rolle zu. Es ist sinnlos, gegen dieses tiefsetzende Grundgesetz der gesellschaftlichen Evolution anzukämpfen« (S. 38). »Ein Staat mit einer demokratischen Verfassung ist nicht mehr frei, mittels demokratischer Mehrheit zu entscheiden, welches Wirtschaftssystem er sich gibt... Die Entscheidung auf Verfassungsebene zugunsten der Demokratie mit einer funktionierenden Öffentlichkeit ist zugleich eine Entscheidung zugunsten der wettbewerbswirtschaftlichen Marktwirtschaft« (43).

<sup>16</sup> David Harvey, The New Imperialism, Oxford 2003 (die deutsche Ausgabe erscheint im Frühjahr 2005 im VSA-Verlag), S. 173.

<sup>17</sup> Zuletzt: Joachim Hirsch, Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg 2002, S. 153ff.

<sup>18</sup> Detlef Henschel, Für eine politische Alternative, in: Sozialismus, 12/2004, S. 30-33, hier S. 33.

<sup>19</sup> Als ehemaliger IWF-Chef und als einer der Hauptexponenten der neoliberalen Ideologiekritik vertritt Köhler eine Auffassung von der Rolle des Staates und der Demokratie, die völlig im Gegensatz zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20 und Art. 28) steht. In seiner Erfurter Rede zum Tag der Deutschen Einheit (Frankfurter Rundschau vom 4.10.2004, S. 4) sagte Köhler u.a.: »Der Staat soll nicht alles Mögliche tun, sondern alles Nötige... Zur Zeit haben wir ... mehr Staat, als wir uns leisten können.« Der Sozialstaat konstituiert soziale Grundrechte für alle; Köhler möchte die Sozialpolitik auf Hilfeleistungen für die »wirklich Bedürftigen« reduzieren – das ist ein Schritt um gut 100 Jahre zurück!

<sup>20</sup> Ein Kernelement der EU-Politik seit Maastricht »sind ›Strukturreformen im Europäischen Binnenmarkt‹ in der Absicht, die Güter-Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte weiter zu flexibilisieren und zu deregulieren. Hierzu dient die Vertiefung alter (Postdienste, Telekommunikation, Eisenbahn, Energiemärkte) und das Anheben neuer (Luftverkehr, ÖPNV, Öffentliche Ausschreibungen, E-Commerce, Binnenmarkt für Dienstleistungen) Liberalisierungsprojekte«. Klaus Dräger, Eine Heilige Allianz der Modernisierer? Die EU nach dem Scheitern des Mitte-Links-Projektes, in: M. Beckmann u.a. (Hrsg.), »Eurokapitalismus« und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003, S. 196–219, hier S. 205f.

<sup>21</sup> Das »Euromemorandum 2004« fasst die meisten dieser Forderungen zusammen (Beyond Lisbon. Economic and social policy orientations and constitutional cornerstones for the European Social Model, Brussels, November 2004; die deutsche Ausgabe erscheint Anfang 2005 im VSA-Verlag). Auch die Analysen, die sich mit den unterschiedlichen »Pfadern« der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den entwickelten kapitalistischen Ländern beschäftigen (»varieties of capitalism«), widerlegen die Behauptung, dass es a) keine nationalstaatliche Souveränität gegenüber der globalen Wirtschaft, und b) keine politischen Alternativen gäbe.

<sup>22</sup> Tony Benn (Altlinker in der britischen Labour-Party) sagt im Interview: »The mainstream media are the modern church. The most powerful religion in the world at the moment is not Christianity or Buddhism. Money is the greatest religion; people worship money. The business news is given every hour ... it's a constant hymn to capitalism«. In: Socialist Register 2005, The Empire reloaded, ed. by Leo Panitch and Colin Leys, New York/London 2004, S. 332.

**Samstag, 8. Januar 2005**  
 Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) |  
 Treskowallee 8, Audimax (U5 Tierpark | Tram 26, 27, 28 Römerweg)  
 Einlass: 10 Uhr



Rosa  
Luxemburg  
Konferenz

X

jungeWelt

Die Tageszeitung  
Eine Fortsetzung der Tageszeitung

in Zusammenarbeit mit **Cubasi** **GBM**

**Vorträge | Diskussion  
ab 11 Uhr**

**Angela Davis**  
Bürgerrechtlerin, Politikerin | USA

**Christian Geissler**  
Schriftsteller | BRD

**Juan Carlos Frómata de la Rosa**  
ZK der KP Kuba | Kuba

**Mumia Abu-Jamal**  
Journalist | USA

**Mag Wompe**  
Redakteurin LabourNet | BRD

**Evo Morales**  
Movimiento al Socialismo (MAS) | Bolivien

**Alfred Hrdlicka**  
Bildhauer und Grafiker | Österreich

**Podiumsdiskussion  
mit den Referent/innen**

**»Krieg global – Widerstand lokal!« | ab 17.30 Uhr**

**Moderation: Arnold Schölzel**  
Chefredakteur junge Welt

**Abendprogramm**

**»Enough is enough!« | ab 21 Uhr**

**Jazz-Orchester Prokopätz**  
Leitung: Hannes Zerbe  
(Eisler-Material u. a.)

**Chumbawamba (acoustic)**  
(English Rebel Songs u. a.)

**Moderation: Dr. Seltsam**

**TICKET**  
09/10/04

inkl. Verzehrsbeitrag  
 Basiskonferenz: 11 € (5 € + 6 €)  
 Grandkonferenz: 14 € (7 € + 7 €)  
 Basiskonferenz: 11 € (5 € + 6 €)  
 (ohne Abendveranstaltung)  
 Podiumsdiskussion: 1 € (0 € + 1 €)  
 Basiskonferenz: 11 € (5 € + 6 €)

Infos/Kartenbestellung: [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) | Tel.: 0 30/53 63 55-10



renz- und Quotendruck der Privaten ausgesetzt sind, hat sich ein Typus der Top-Down-Kommunikation in der Politik durchgesetzt, der ebenfalls nicht mehr auf die aktive Beteiligung der Adressaten angewiesen ist. Talk Shows ersetzen die großen gesellschaftspolitischen Debatten, wobei schon die Auswahl der Diskutanten Moment des neoliberalen Machtdiskurses ist. In den 1960er und 70er Jahren wurde gelegentlich von einer »Krise des Parlamentarismus« gesprochen. Damit wurde entweder die Verselbständigung der Exekutivgewalt gegenüber der Legislativgewalt bezeichnet – oder die Kritiker beklagten die Disproportionalität zwischen sozialen Bewegungen von unten und deren Repräsentanz auf der parlamentarischen Ebene. Heute kennen wahrscheinlich sehr viel mehr Menschen Frau Christiansen als Herrn Thierse, den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Der Verfall parlamentarischer Legitimität äußert nicht nur in der sinkenden Wahlbeteiligung, sondern auch im Aufkommen rechtspopulistischer Stimmungen, die schließlich alle Politiker für korrupt, geldgierig und ungläubwürdig halten.

■ Außerdem werden solche Prozesse der Entpolitisierung durch die eingangs erwähnte Restrukturierung der Klassenverhältnisse – insbesondere durch die Neuzusammensetzung der subalternen Klassen – bestimmt. Die neuen Sub- und Randschichten der Arbeiterklasse – darunter viele MigrantInnen – sind in der Regel nicht gewerkschaftlich und politisch artikuliert. Die Auflösung der »fordistischen Arbeiterklasse« und die Bildung eines Subproletariats, das mit prekärer und informeller Arbeit dauerhaft verbunden und auf staatliche Sozialleistungen angewiesen ist, fördert Prozesse der kulturellen und ideologischen Spaltung, der Konstruktion von gegensätzlichen Identitäten, die dann wiederum zum Gegenstand allge-meinpolitischer Debatten werden. Die Integrationsdebatte, die Debatten über Ausländer, Islamismus, Leitkultur und Patriotismus haben eindeutig die Funktion, vorhandene Spaltungen und Fragmentierungsprozesse zu verstärken, um auf diese Weise die »Subalternen« zu schwächen und deren politische Artikulation zu unterbinden. Damit wird auch die Debatte über die notwendigen sozialökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen der Integration (Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, Ausbau des Sozialstaates, Verbesserung des Bildungswesens, Aufwertung der Kultur auf der kommunalen Ebene usw. usf.) in den Hintergrund gedrängt.

Martin Kronauer hat die Rückwirkungen dieser Exklusionsprozesse auf die Demokratie sehr deutlich benannt: »Die Rückkehr der »Überflüssigen« und ansteigende Armut sind die deutlichsten Anzeichen für die Erosion des Sozialen, mit denen die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften seit nunmehr rund zwei Jahrzehnten konfrontiert sind. In ihren Großstädten kommen die Folgen verdichtet und damit zugespitzt zum Ausdruck... Formal kann die Gesellschaft ihren Anspruch, Demokratie zu sein, bewahren. Deren »universalistischer Kern« (Habermas) aber, die Eröffnung von Möglichkeiten für alle Bürger, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wird außer Kraft gesetzt. Die Gesellschaft entwickelt sich in Richtung einer Demokratie der Eliten, gestützt auf Repression gegen Minderheiten. Die Gewinner entziehen sich der sozialen Verantwortung, die Abstiegsgefährdeten suchen ihr Heil in ei-



Karikatur: Economist

ner Absetzbewegung gegen das bedrohliche »Unten« der Underclass.«<sup>23</sup> Wilhelm Heitmeyer spitzt diese These noch zu: »Was wir »Demokratieentleerung« nennen, hat bereits dramatisch stattgefunden, und zwar sowohl bei denjenigen, die ausgegrenzt sind oder sich so sehen, als auch bei jenen, die sich vor dem Absturz ängstigen. ... Noch ein Schritt weiter: Jene, die sich dann nicht dem Rechtspopulismus anschließen, reagieren eher mit Apathie. Apathie wird in manchen Kreisen, übrigens nicht nur in konservativen, klammheimlich begrüßt, denn diese Schweigenden (oder diejenigen, die nicht mehr zur Wahl gehen) stören nicht mehr beim Umbau der Gesellschaft.«<sup>24</sup>

■ Diesen beiden Tendenzen – »Strukturwandel der Öffentlichkeit« und Exklusionsprozesse im Zusammenhang der Restrukturierung der Klassenverhältnisse – entspricht die zunehmende Elitenorientierung in der Politik und der herrschenden Ideologie. In einem Werbebrief der Konrad-Adenauer-Stiftung für ein von ihr herausgegebenes Buch »Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft« heißt es u.a.:

»Deutschland eindeckt die Elite neu. Jahrzehnte war es verpönt, von ihr zu sprechen und sich zu ihr zu bekennen; zu stark wirkte das Versagen, insbesondere der politischen Eliten, in den großen Zeitenwenden des 20. Jahrhunderts nach. Elite wurde vielfach mit Machtmissbrauch und Arroganz gleichgesetzt und damit ein Synonym für ein Fehlverhalten, das vielen Menschen Unglück brachte. Ein stark vom Prinzip der Gleichheit geprägtes Gesellschaftsbild hat zudem Eliten diskreditiert.«

**7** Im Mittelpunkt dieses Beitrages stand die Frage, inwieweit die Spannungen in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie Anzeichen einer Krise der Politik sind, die als Krise der Repräsentation und – als Folge der neoliberalen Hegemonie in Wirtschaft, Politik und Kultur – zugleich als eine tiefgreifende Krise der Demokratie zu begreifen sind. Für eine autonome Gewerkschaftspolitik, die sich nicht auf jene subalterne Rolle einlassen will, die ihnen – im besten Fall – »Wirtschaftseliten« und Regierung als Kompensation für den Machtverlust der vergangenen Jahre anbieten, könnten sich daraus einige Schlussfolgerungen ergeben.

■ Autonome Gewerkschaftspolitik kann durch »neue Allianzen«, durch neue Formen der Zusammenarbeit mit »sozialen Bewegungen« gestärkt werden. Mit ihrer Radikalität und neuen Sicht auf die kapitalistische Globalisierung, aber auch mit ihrer Kritik an der Politik des Neoliberalismus und der Praktizierung neuer Formen des Internationalismus können solche Allianzen zugleich neue Impulse für die Stärkung des gewerkschaftlichen Selbstbewusstseins vermitteln. Allerdings muss dabei auch behutsam vorgegangen werden: Autoritäre Politikstile, Führungsansprüche oder Anpassungsbereitschaft an die sozialdemokratisch geführte Regierung können solche Allianzen und die darin eingeschlossenen Lernprozesse schnell entwerten.

■ Mittelfristig wird es – angesichts der Entwicklung der neuen Sozialdemokratie – zu einer Reorganisation des Parteiensystems, d.h. vor allem zu einer »Neugründung« (»Rifondazione«) der politischen Linken kommen. Die Gewerkschaften können sich nicht als Ersatzpartei, gleichsam als ihr eigener politischer Arm, konstituieren. Für diejenigen jedoch, die an der Stärkung einer autonomen Gewerkschaftspolitik interessiert sind, ist der Aufbau einer politischen Kraft links von der »neuen Sozialdemokratie« (die es in den meisten westeuropäischen Ländern gibt und die bei Wahlen ca. zehn Prozent der Stimmen erreicht) ein wichtiger Beitrag zur möglichen Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Dass der Aufbau einer solchen politischen Kraft – ohne mächtigen Druck von sozialen Basisbewegungen – extrem schwierig ist, erleben wir derzeit im Zusammenhang der Konstitution der »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit«.

■ Um wieder handlungsfähig zu werden und um gewerkschaftliche Positionen in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu stärken, ist die Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Gewerkschaften (u.a. in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik) unverzichtbar.

Eine solche Repolitisierung scheint auch notwendig, um die entpolitizierenden Wirkungen der Verbetrieblung gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu überwinden. Das erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem »Wettbewerbskorporatismus«, die Aneignung von Wissen über die widersprüchliche Komplexität heutiger Vergesellschaftungsprozesse, über die kapitalistischen Widersprüche in ihren globalen Dimensionen. Hier liegen große Aufgaben für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Dabei käme es darauf an, sich der äußerst schwierigen, aber ebenso wichtigen Frage zu stellen, wie das Verhältnis zwischen den fraktionellen Interessen der Lohnabhängigen (einschließlich der Interessen der Randgruppen in der Prekarität) und allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen im heutigen Kapitalismus zu bestimmen, zu erarbeiten, ja zu erkämpfen ist. Die Konstruktion eines gegenhegemonialen Blockes, der mittel- und langfristig die neokonservative Hegemonie überwinden könnte, ist ohne die Beteiligung eines aktiven und kämpferischen gewerkschaftlichen Segments kaum vorstellbar.

Allerdings müssen die Gewerkschaften gleichzeitig vor politischen Erwartungen geschützt werden, die sie strukturell überfordern. Eine Renaissance des Anarchosyndikalismus, der die Trennung zwischen dem politischen und dem ökonomischen Kampf ablehnt, steht nirgendwo auf der Tagesordnung – ebenso wenig wie eine Renaissance leninistischer Avantgardekonzepte. Die deutschen Gewerkschaften – um es bescheidener anzugehen – könnten z.B. versuchen, die Erfahrungen der italienischen Gewerkschaften auszuwerten, denen es in den vergangenen Jahren gelungen ist, die tiefe Krise der 1980er und frühen 90er Jahre zu überwinden und eine Hauptrolle bei der Mobilisierung von Massenwiderstand gegen die Politik der Berlusconi-Regierung (durch außerparlamentarische Aktionen, z.B. Generalstreiks) zu überwinden.<sup>25</sup> Auch Teile der britischen TUC-Gewerkschaften haben sich durch radikale Lohnforderungen, durch Streikbereitschaft und durch Kritik an der Privatisierungspolitik der Regierung Blair (z.B. im Bereich des öffentlichen Verkehrswesens und der Gesundheits- und Bildungspolitik) aus der Krise und Defensive der vergangenen Jahrzehnte gelöst. Sie erleben z.T. einen beachtlichen Mitgliederzuwachs und können bei Meinungsumfragen zum ersten Mal seit den späten 1970er Jahren wieder auf Sympathien von Seiten einer Bevölkerungsmehrheit rechnen.

<sup>23</sup> Martin Kronauer, Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 229 und S. 231.

<sup>24</sup> Wilhelm Heitmeyer, Die gespaltene Gesellschaft, in: Die Zeit vom 2.12.2004, S. 12. Gegenüber den Modernisierungstheorien (wie sie u.a. von Beck und Giddens vertreten werden) vertritt Heitmeyer die These, »dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratienteerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiatere Rechtspopulismus befördert werden«. W. Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratienteerung und Rechtspopulismus, in: D. Loch/W. Heitmeyer, Hrsg., Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a.M. 2001, S. 497-536, hier S. 500.

<sup>25</sup> Vgl. dazu den interessanten Beitrag von Hae-Lin Choi, Organisation der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften, in: Das Argument, Nr. 256 (2004), S. 428-439.